

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Juni 1964

- | | |
|---|----------|
| 1) <u>Parteitag in Warschau</u> | Seite: 1 |
| 2) <u>Aus den Verlaufe des IV. Parteitages der PZPR</u> | 9 |
| 3) <u>Tito-Besuch in Polen</u> | 17 |

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

1) Parteitag in Warschau

Wenn man mit einem Satz das Fazit des IV. Parteitages der PZPR ziehen wollte, müßte dieser Satz lauten: GOMULKA behielt die Kontrolle über die Partei. Der Parteichef konnte den seit langem vorbereiteten Großangriff der Neostalinisten abwehren. Es gelang ihm mit Unterstützung aller Gruppen, die zur Mitte der Partei gehören und - in diesem Falle - wohl auch mit Unterstützung der "Liberalen" einen entscheidenden Einbruch der "Partisanen" und "Natoliner" in die obersten Parteibehörden zu verhindern.

GOMULKA verließ den letzten Parteitag in Warschau als Sieger, aber nicht als alleiniger Sieger. Der Einfluß einiger Gruppen, die ihm zu seinem Sieg verholfen haben, wird sich steigern. Einmal ist es dem Parteichef zwar gelungen, diejenigen, die ihn in den Sattel gehoben hatten, von jedem Einfluß auszuschalten. Das wird sich aber kaum wiederholen. Gemeint sind hier die "Revisionisten", die den Oktoberumbruch im Jahr 1956 vorbereiteten und durch ihre Unterstützung die Rückkehr GOMULKAS an die Macht ermöglichten. Die Gruppe der "Revisionisten" bestand in ihrer Mehrzahl aus Intellektuellen, die nach dem XX. Parteitag in Moskau zwar eine überaus starke Position in Presse, Rundfunk usw. erlangten, die es aber nicht verstanden, ihre Position organisatorisch auszubauen und Einfluß auf den Parteiapparat zu gewinnen. Aus diesem Grunde konnte man sie später leicht entmachten.

Die heutigen Verbündeten GOMULKAS sind aus anderem Holz geschnitzt. Es sind erprobte Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionäre, die sich auf organisatorische Arbeit gut verstehen und sich z.T. überaus starke Machtpositionen im Parteiapparat auszubauen wußten. Überragt werden sie von einem Mann, der heutzutage eine Schlüsselfigur in der Partei ist: Edward GIEREK, Mitglied des Politbüros und Leiter der oberschlesischen Parteiorganisation. Seine jetzige Position verdankt Edward GIEREK, ein ehemaliger Bergmann aus den Kohlengruben Nordfrankreichs und Belgiens, zwei Tatsachen: Einmal steht er an der Spitze der mächtigen Parteiorganisation

in der Wojewodschaft Kattowitz, zum anderen verstand er es, sich bisher aus dem Kampf der Fraktionen herauszuhalten.

Der östliche Teil Oberschlesiens mit Kattowitz als Verwaltungszentrum ist das wichtigste Industriegebiet Polens. Die Parteiorganisation dieses Teiles von Oberschlesien ist bei weitem die stärkste unter allen Wojewodschaftsorganisationen in Polen. Schon seit über 7 Jahren regiert GIEREK dieses Gebiet und diese Organisation. Die Wojewodschaft ist das Instrument seiner Macht, und er bedient sich dieses Instrumentes meisterhaft. Wenn GOMULKA nach Kattowitz kommt, hat man immer den Eindruck, daß GIEREK ihm den Vortritt ~~am~~ gibt, weil er Gast ist. In seiner Hauptstadt Kattowitz fühlt sich GIEREK wie ein "regierender Fürst".

GIEREK hat nicht nur Macht in Oberschlesien, sondern auch in der obersten Zentralbehörde der Partei, dem Politbüro. Als Mann, der mit den Problemen der wirtschaftlich wichtigsten polnischen Provinz beschäftigt ist, gab GIEREK stets zu erkennen, daß ihm der politische und ideologische Hader der Parteifraktionen nicht behagt. Dadurch gewann er die Sympathien aller Genossen, die des schon zu lange dauerenden internen Parteikampfes überdrüssig sind. Nicht wenige verbinden mit GIEREK die Hoffnung, daß es ihm vielleicht gelingen wird, was Parteichef GOMULKA nicht zu erreichen vermochte: Die Einheit der Partei wiederherzustellen. Diese Hoffnung kam den Ambitionen GIEREKs sehr entgegen. Auf dieser Grundlage konnte er seine Position als "Kronprinz", als möglicher Nachfolger GOMULKAS aufbauen.

Vor dem Parteitag stand GOMULKA vor der schwierigen Aufgabe, Herr der Lage in der Partei zu bleiben. Um zu verhindern, daß ideologische und parteitaktische Fragen in den Mittelpunkt des Parteitages gerückt würden, entschloß sich GOMULKA, das Hauptgewicht auf die wirtschaftlichen Probleme zu legen und sie als wichtigste Aufgabe für die Partei hinzustellen.

Unterstützt wurde GOMULKA bei diesem Vorhaben vor allem von GIEREK, der sich schon seit langem dafür einsetzte, der Wirtschaft eine Vorrangstellung zu geben. Dieser Entschluß des Parteichefs bedeutete für GIEREK eine weitere Stärkung seiner Position. GIEREK steht im Zentrum einer Gruppe von "Technokraten" und Wirtschaftsfunktionären. Die letzten Veränderungen im Politbüro, Sekretariat und Zentralkomitee der Partei haben diese Gruppe außergewöhnlich gestärkt.

Wie schon erwähnt, sehen viele in GIEREK den präsumptiven Nachfolger des Parteichefs. GIEREK drängt sich nicht auf, er läßt GOMULKA nicht spüren, daß er lieber heute als morgen seinen Platz einnehmen möchte. GIEREK zeigt nicht eine Spur des ungeduldigen Machthungers, der manchen Neostalinisten in letzter Zeit zum Verhängnis wurde. Ähnliche Ambitionen wie GIEREK hegte lange Zeit z.B. Ryszard STRZELECKI, der es aber zu eilig hatte, den Platz des ersten Beraters bei GOMULKA einzunehmen und sich dadurch die Feindschaft des mächtigen GOMULKA-Intimus, Zenon KLISZKO, zuzog und seine Chancen für viele Jahre, wenn nicht endgültig verspielte.

Das gleiche läßt sich von einem anderen prominenten Neostalinisten, dem Führer der "Partisanengruppe", General Mieczyslaw MOCZAR, sagen. Der Chef der Sicherheitspolizei MOCZAR hat jahrelang geschickt die gefährlichen Klippen umsegelt, an denen STRZELECKI gestrandet ist. MOCZAR bekämpfte Zustände und Personen in der Partei, die von Parteichef GOMULKA mit Jahren geduldet wurden, hütete sich aber gegen GOMULKA persönlich aufzutreten, und pflegte die besten Beziehungen zu KLISZKO. Erst wenige Monate vor dem Beginn des Parteitages schien sich seiner eine Art "Torschlußpanik" bemächtigt zu haben. Man erzählt sich in eingeweihten Kreisen, daß er GOMULKA um ein Gespräch bat und ihm Vorschläge zu Veränderungen in der Parteispitze machte, die nach dem Parteitag erfolgen sollten. Für sich selbst und für seine Verbündeten (man nannte die Namen STRZELECKI und

WITASZEWSKI, Leiter der Verwaltungsabteilung) wünschte er Plätze im Politbüro. Seine Leute sollten auch eine ansehnliche Zahl der Plätze im ZK bekommen.

GOMULKA, der bis zu diesem Gespräch in MOCZAR vor allem den überaus eifrigen Polizeifunktionär sah, soll durch diese Ambitionen MOCZARs unangenehm überrascht gewesen sein. Er erkannte offenbar, in welche Gefahr er sich begeben würde, wenn er den Neostalinisten und der Geheimpolizei zu viele Machtpositionen einräumen würde. Deshalb entschloß er sich, diesen Forderungen entgegenzutreten, verband sich eng mit GIEREK und anderen Gruppen des im internen Machtkampf nicht engagierten Zentrums der Partei, sicherte sich (für diesen bestimmten Fall) die wohlwollende Neutralität der "Liberalen" und versperzte den Neostalinisten den Weg zur Macht.

Zwei vakante Posten im Politbüro (nach der Demissionierung von Jerzy MORAWSKI im Jahre 1959 und Roman ZAMBROWSKI im Jahre 1963) wurden überraschenderweise von zwei Wirtschaftsfachleuten der Regierung besetzt: Eugeniusz SZYR und Franciszek WANIOLKA.

Mit Eugeniusz SZYR kommt wieder ein Kommunist jüdischer Abstammung (die beiden Ausgeschiedenen waren jüdischer Herkunft) ins Politbüro. Obwohl er Jude ist, verdächtigen ihn einige als den Neostalinisten nahestehend. Man muß ihn aber aufgrund seiner Haltung zur Gruppe der "Technokraten" zählen, die sich um GIEREK sammelt. Unterschiede in der Einschätzung ergeben sich dadurch, daß sich die Trennungslinie zwischen der neutralen Mitte und den verfeindeten Flügeln der Partei nicht in allen Fällen scharf abzeichnet. Überdies scheinen SZYRS Neigungen zu den Neostalinisten oft überschätzt worden zu sein.

Der ehemalige Bergbauminister Franciszek WANIOLKA, der seit knapp 2 Jahren

stellvertretender Ministerpräsident war, rückte erst 1959 in das Zentralkomitee ein, ist also in der Parteispitze ein relativ junger Mann. Er gilt als nicht engagiert im internen Parteikampf, und unterhält gute Beziehungen zu GIEREK.

In dem Kommuniqué der ersten Sitzung des neugewählten ZK ("Trybuna Ludu" vom 21. Juni 1964) heißt es, daß das Zentralkomitee es für zweckmäßig hielt, die Institution der Politbüroandidaten wiederherzustellen, die es bereits vor Oktober 1956 einmal gab. Ernannt wurden: Ryszard STRZELECKI, Mieczyslaw JAGIELSKI und Piotr JAROSZEWICZ.

Formell gesehen ist für STRZELECKI (der seit 1960 auch ZK-Sekretär ist) die Nominierung zum Politbüroandidaten ein Aufstieg. In Wirklichkeit aber kann man eher von einer Demütigung sprechen. STRZELECKI bewarb sich um die nach dem Rücktritt ZAMBROWSKIs freigewordene Stellung im Politbüro schon im Sommer des vorigen Jahres. Er wurde damals von GOMULKA abgewiesen mit dem Argument, vor dem Parteitag sollten die Machtverhältnisse nach Möglichkeit nicht verändert werden, und anstelle des "liberalen" ZAMBROWSKI solle man nicht einen Vertreter der entgegengesetzten Richtung nominieren. Das würde einen Vorgriff auf die künftige Linie der Partei (über welche ja der Parteitag entscheiden soll) bedeuten. Die abschlägige Antwort GOMULKAs kam damals auf Anraten von Zenon KLISZKO. Alle waren aber der Meinung, daß man STRZELECKI auf die Dauer den Weg zum Politbüro nicht versperren könne, und daß er spätestens nach dem Parteitag dort einrücken würde. Es kam anders. STRZELECKI mußte sich mit dem Posten eines Politbüroandidaten abfinden, den neben ihm der junge (Jahrgang 1924) und bis jetzt unbedeutende Landwirtschaftsminister Mieczyslaw JAGIELSKI sowie der Vize-Premier Piotr JAROSZEWICZ, ein RgW-Spezialist, der in der Partei bisher keine Rolle spielte, bekamen. Für die sehr hochgeschraubten Ambitionen STRZELECKIs war das ein schwerer Schlag.

Minister JAGIELSKI gilt als Vertrauensmann des ehemaligen I. Parteisekretärs Edward OCHAB, der in der neutralen Mitte steht aber stark zu den "liberalen" tendiert. Vizepremier JAROSZEWICZ steht GOMULKA und dem Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ nahe und wurde von den Neostalinisten befehdet.

Im neuen Sekretariat des Zentralkomitees finden wir nur einen neuen Mann, den bisherigen Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung beim ZK, Jozef TEJCHMA. Er ist der jüngste unter den Männern in der Parteispitze (Jahrgang 1927) und war in der Zeit zwischen 1958 und 1963 Vorsitzender des Verbandes der Bauernjugend. Er steht GOMULKA und OCHAB nahe und war an dem Kampf der Fraktionen nicht beteiligt. Im ZK-Sekretariat rückt er an die Stelle, die durch das Ausscheiden GIEREKs freigeworden ist. Dies deutet darauf hin, daß GIEREK sich noch intensiver seiner oberschlesischen Parteiorganisation widmen und als Mitglied des Politbüros weiter die Parteilinie bestimmen wird.

Fast alle neuen Männer in der Parteispitze (SZYR, WANIOLKA, JAGIELSKI, JAROSZEWICZ, STRZELECKI und TEJCHMA) sind Wirtschaftsfachleute, mit der einzigen und bezeichnenden Ausnahme von STRZELECKI, der als ausschließlich politischer Funktionär anzusehen ist. Zwei von ihnen sind Agrarfachleute, und das illustriert, wie stark die Rolle dieses Zweiges der Volkswirtschaft in der neuesten Planung aufgewertet wurde. Zu den Wirtschaftsfachleuten müssen zwei Männer gezählt werden, die schon vor dem Parteitag zu der Parteispitze gehörten: Der Planungschef Stefan JEDRYCHOWSKI. (Mitglied des Politbüros) und der Wirtschaftssekretär des ZK, Boleslaw JASZCZUK. Unter 19 Mitgliedern des Politbüros und ZK-Sekretariats sind heute also 7, die als ausgesprochene Männer der Wirtschaft bezeichnet werden müssen. Wenn man die alten und die neuen obersten Parteibehörden vergleicht, ergibt sich folgendes Bild:

1959-63

1964

Politbüro

Mitglieder:

Jozef CYRANKIEWICZ
 Edward GIEREK
 Wladyslaw GOMULKA
 Stefan JEDRYCHOWSKI
 Zenon KLISZKO
 Ignacy LOGA-SOWINSKI
 Jerzy MORWASKI (ausgeschieden 1959)
 Edard OCHAB
 Adam RAPACKI
 Marian SPYCHALSKI
 -
 -
 Roman ZAMBROWSKI (ausgesch. 1963)
 Aleksander ZAWADZKI

Kandidaten:

-
-
-

ZK-Sekretariat

Wladyslaw GOMULKA
 Jerzy ALBRECHT (ausgesch. 1960)
 Edward GIEREK
 Witold JAROSINSKI
 Boleslaw JASZCZUK (seit 1963)
 Zenon KLISZKO
 Wladyslaw MATWIN (ausgesch. 1963)
 Jerzy MORAWSKI (ausgesch. 1959)
 Edward OCHAB (seit 1960)
 Artur STAREWICZ (seit 1963)
 Ryszard STRZELECKI (seit 1960)
 -
 Roman ZAMBROWSKI (ausgesch. 1963)

Mitglieder:

JOZEF CYRANKIEWICZ
 Edward GIEREK
 Wladyslaw GOMULKA
 Stefan JEDRYCHOWSKI
 Zenon KLISZKO
 Ignacy LOGA-SOWINSKI
 -
 Edward OCHAB
 Adam RAPACKI
 Marian SPYCHALSKI
 Eugeniusz SZYR
 Franciszek WANIOLKA
 -
 Aleksander ZAWADZKI

Kandidaten:

Mieczyslaw JAGIELSKI
 Piotr JAROSZEWICZ
 Ryszard STRZELECKI

Wladyslaw GOMULKA
 -
 -
 Witold JAROSINSKI
 Boleslaw JASZCZUK
 Zenon KLISZKO
 -
 -
 Edward OCHAB
 Artur STAREWICZ
 Ryszard STRZELECKI
 Jozef TEJCHMA
 -

Während der letzten fünf Jahre schieden aus den obersten Parteibehörden vier Spitzenfunktionäre endgültig aus: Jerzy ALBRECHT, Wladyslaw MATWIN, Jerzy MORAWSKI und Roman ZAMBROWSKI. Alle vier zählte man zu den "Liberalen". Nach dem Jahre 1959 rückten in die obersten Parteibehörden acht Spitzenfunktionäre: Mieczyslaw JAGIELSKI, Piotr JAROSZEWICZ, Boleslaw JASZCZUK, Artur STAREWICZ, Ryszard STRZELECKI, Eugeniusz Szyr und Franciszek WANIOLKA. Von ihnen gilt als ausgesprochener Neostalinist Ryszard STRZELECKI, zwei von ihnen werden gewisse Kontakte mit Neostalinisten nachgesagt (JASZCZUK und SZYR), einer soll mit "Liberalen" sympathisieren (STAREWICZ), und die anderen gelten als nicht engagiert.

Es ist offensichtlich, daß der neue Parteitag den Neostalinisten die erhofften Erfolge nicht gebracht hat. Der Partisanenführer MOCZAR blieb nach wie vor lediglich Mitglied des ZK. Das ist die eigentliche Überraschung des Parteikongresses. Der Besitzstand der "Liberalen" ist empfindlich eingeengt worden, aber das wurde allgemein erwartet.

Über Erwarten stark ist die Parteimitte geworden, in der eine immer wichtigere Rolle Edward GIEREK spielt. Besser als erwartet hat sich auch der Parteichef selbst behauptet. In der Auseinandersetzung um die neue Verteilung der Machtpositionen blieb er Sieger, aber nicht alleine Kraft seiner Autorität wie vor fünf Jahren auf dem damaligen Parteikongress. An dem errungenen Sieg partizipieren in erster Linie die "Technokraten", unter denen GIEREK der stärkste ist. Mit diesen "Technokraten" wird GOMULKA in Zukunft seine Macht wahrscheinlich in einem immer stärkeren Grad teilen müssen.

2) Aus dem Verlaufe des IV. Parteitages der PZPR

Aus dem Bericht des I. Sekretärs der Partei, Wladyslaw GOMULKA:

Wirtschaftliche Richtlinien

"Unsere Industrie produziert heute neunmal mehr als im Jahre 1938 und über dreißigmal mehr Maschinen und industrielle Ausrüstungen. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten hat sich seit der Vorkriegszeit vervierfacht und beträgt jetzt 3,4 Millionen. Während der vergangenen 20 Jahre bauten wir auch die Produktionsbasis der Landwirtschaft stark aus. In den letzten vier Jahren vor dem Kriege betragen die durchschnittlichen Hektarerträge der vier wichtigsten Getreidesorten 11,4 dz. In den letzten Jahren 1961-63 betragen sie schon 17,2 dz, erhöhten sich also um 51 %."

"Die wirtschaftliche Entwicklung Polens während der kommenden fünf Jahre wird sich auf die immer stärker werdende Zusammenarbeit unseres Landes mit der Sowjetunion und anderer sozialistischen Staaten, Mitgliedern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, stützen. Das soll vor allem durch die Vertiefung der Kooperation und die Spezialisierung der Produktion gemäß den Prinzipien der sozialistischen Arbeitseinteilung geschehen..."

Das Zentralkomitee schlägt dem Parteitag die Annahme folgender Richtlinien für die Entwicklung der Volkswirtschaft während der Jahre 1966-70 vor (verglichen mit dem Stand des Jahres 1965):

- + Erhöhung der industriellen Produktion um 45-47%;
- + Steigerung der globalen Produktion der Landwirtschaft um 14-15 %;
- + Zuwachs des Nationaleinkommens um mindestens 30 %;
- + Sicherstellung von 1,5 Millionen neuer Arbeitsplätze in der sozialistischen Wirtschaft.

Die gesellschaftliche Hauptaufgabe des kommenden Fünfjahresplanes wird die Beschaffung von Arbeit für die große Zahl der Jugendlichen aus Stadt und Land sein. Dieses Problem muß gelöst werden, ohne die Zahl der Beschäftigten in der privaten Landwirtschaft zu vergrößern."

Richtlinien für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur

"Staatliche Schulen sind in unserem Lande weltliche, und ihre Aufgabe ist es, die Jugend in einer rationalistischen, wissenschaftlichen Weltanschauung zu erziehen. Der Staat verhindert jedoch nicht und will es auch in der Zukunft nicht verhindern, daß Eltern, die es für richtig halten, ihre Kinder zu einem Religionsunterricht schicken. Dieser Unterricht unterliegt der staatlichen Aufsicht...

'Die Überwindung des Dogmatismus durch die Partei schaffte günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaftszweige. In Volkswirtschaft, Geschichte, zum Teil auch auf dem Gebiete der Rechtswissenschaften und der Soziologie fand eine große Belebung der Forschertätigkeit statt... In dieser neuen Periode wurde jedoch die richtige Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften durch den Andrang der bürgerlichen Ideologien und vor allem der revisionistischen Tendenzen gestört. Die Partei sieht als ihre Hauptaufgabe auf diesem Gebiete die Überwindung des Revisionismus an, der heute das größte Hindernis für die erfolgreiche Entwicklung dieser Wissenschaften ist. Denn die Auseinandersetzung der Ideologien auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften gewinnt an Stärke durch die immer häufigeren Kontakte zwischen der Wissenschaft in Polen und in den kapitalistischen Ländern. Der Revisionismus schwächte die Position des Marxismus in dieser Auseinandersetzung, führte zum theoretischen Eklektizismus und der Koexistenz auf dem Gebiete der Ideologie...

Wir wollen, daß unser schriftstellerisches und künstlerisches Schaffen von den Idealen des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus zehrt. Wir bekämpfen daher die manchmal in Literatur und Kunst auftretenden rückschrittlichen Tendenzen, den Pessimismus, das Mißtrauen gegenüber dem Sozialismus, und das anarchistische und selbstherrliche Verhältnis zu den Problemen des Staates und des Volkes. Diese Tendenzen kommen übrigens, öfter als in den Werken, im Verhalten und in der politischen Einstellung bestimmter, allerdings nicht zahlreicher Schriftsteller und Künstler zum Ausdruck. Es gibt unter unseren Kulturschaffenden Menschen, die mit unserem System auf dem Kriegsfuß stehen, die unter dem Vorwand der künstlerischen Freiheit eine Freiheit für die antisozialistische Propaganda verlangen und sich manchmal sogar noch weiter wagen, indem sie bei diesem Kampf bewußt an die Hilfe der reaktionären, polenfeindlichen ausländischen Zentren appellieren."

Internationale Lage:

"Das größte Hindernis auf dem Wege zur Entspannung und friedlichen Gestaltung der internationalen Beziehungen bleibt das deutsche Problem. Hier an der Nahtstelle zweier Welten, der sozialistischen und der kapitalistischen, an der Nahtstelle der beiden deutschen Staaten glimmt eine neue Kriegsgefahr.

Das deutsche Problem besteht entgegen Bonner Behauptungen nicht in der bloßen Tatsache der Teilung Deutschlands, sondern in der Politik der Westmächte gegenüber Deutschland und vor allem in der Bonner Politik des kalten Krieges und der Aggression.

Das deutsche Volk hat, ähnlich wie alle anderen Völker, ein unbestrittenes Recht auf Einheit und Selbstbestimmung. Aber Polen, die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes werden niemals zustimmen, daß die westdeutschen Imperialisten, auf welchen die Verantwortung für die blutigste und brutalste Vergewaltigung des Rechtes auf Selbstbestimmung so vieler europäischer Völker lastet, dieses Recht als Rechtfertigung für eine Annexion der DDR und eine Revanche mißbrauchen. Das würde einer Annullierung des Sieges über den deutschen Faschismus gleichkommen, und dafür gaben viele Millionen unserer Landsleute ihr Leben hin."

Einheit des sozialistischen Lagers

"Die KP Chinas will der kommunistischen Bewegung die Wahl zwischen dem Kampf um die sozialistische Revolution und dem Kampf um den Frieden aufzwingen. Ein solches Dilemma existiert in Wirklichkeit gar nicht. Der Kampf um die Revolution, um die Schaffung des neuen sozialistischen Systems läßt sich nicht von dem Kampf um den Frieden trennen. Für das Schicksal der Völker gibt es keine wichtigere Sache als die Erhaltung des Friedens und keine größere Gefahr als ein atomuklearer Weltkrieg.

Die chinesischen Genossen versichern uns, wenn der Imperialismus einen neuen Weltkrieg provoziere, so werde er 'ohne Zweifel mit einer Vernichtung des Imperialismus und einem Sieg des Sozialismus enden'. Wenn die chinesischen Genossen wirklich daran glauben, so beweisen sie damit nur, wie sehr sie sich von der Wirklichkeit der heutigen Welt isoliert haben.

Ein thermonuklearer Krieg würde nämlich in Wirklichkeit ganze Staaten und Völker von der Oberfläche der Erde wegfeigen. Die am dichtesten bevölkerten Gebiete der Erdkugel, die Zentren der Industrie und der menschlichen Zivilisation würden restlos vernichtet, die genetische Zukunft der Menschheit würde bedroht werden.

Die Führer der KPCh messen in der Frage der Verständigung zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten offensichtlich mit zweierlei Maß. Eines haben sie für sich, ein anderes für die Sowjet-Union. Zum Beispiel eine Verständigung zwischen Volkschina und Frankreich, die wir alle unterstützen, halten sie für günstig für China und alle Völker der Welt. Dagegen betrachten sie jede Form der Verständigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten als Verrat an den Interessen des Sozialismus...

Auf der jetzigen Etappe der internationalen kommunistischen Bewegung, die eine Weltbewegung geworden ist, arbeiten die einzelnen Parteien unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, in Ländern mit verschiedenen Traditionen, die sich auf verschiedenen Entwicklungsstufen befinden.

Unter diesen Umständen sind Meinungsverschiedenheiten über konkrete internationale Probleme und sogar ideologische Meinungsverschiedenheiten unvermeidbar. Solche Differenzen brauchen die gemeinsame Front des Weltkommunismus nicht zu gefährden, sie brauchen noch weniger einen Bruch herbeizuführen, wenn man sie sachlich und ruhig diskutiert...

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPCh und der Mehrheit der kommunistischen Parteien gewannen aber einen anderen Charakter. Das ganze Verhalten der KPCh beweist, daß sie den Streit mit anderen Parteien nicht deswegen vom Zaun brach, um zu einer neuen Wahrheit zu gelangen, sondern um einen Bruch herbeizuführen. Der an die Adresse der KPdSU und andere Parteien gerichtete Vorwurf des Revisionismus war den chinesischen Führern zu einer theoretischen Begründung des Bruches nötig.

Die chinesischen Führer wollten ihrem Lande die Position einer Weltmacht verschaffen und hielten es für notwendig, Volkschinas Ansprüche auf Atomwaffen zu erheben. Ihre Hoffnung, daß die UdSSR

ihnen dabei helfen würde, wurde vom Moskauer Abkommen durchkreuzt. Daher ihre wütenden Angriffe auf die KPdSU.

Die jetzige generelle Linie der KPCh auf dem Gebiete der internationalen Politik kann durch 'die internationale Kommunistische Bewegung nicht akzeptiert werden und wird von ihr auch in Zukunft niemals akzeptiert, weil diese Linie durch eine dem Marxismus-Leninismus fremden Nationalismus und Großmachtchauvinismus gekennzeichnet wird.

Die ideologische Haltung und die Politik der KPCh verneinen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, sie bedeuten Unordnung der historischen Ziele des Sozialismus unter die aktuellen staatlichen Interessen der Chinesischen Volksrepublik.

Die Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung liegt im Interesse aller kommunistischen Parteien. Einige der Bruderparteien verlangen in diesem Zusammenhang die Berufung eines neuen Weltkonzils. Den chinesischen Führern paßt jedoch ein solches Treffen nicht. Die bestehenden Differenzen lassen sich zweifellos nicht in kurzer Zeit überwinden. Ein Treffen auf internationaler Basis erfordert geduldige und gründliche Vorbereitung. Es kann jedoch nicht allein von der KPCh abhängen, wann solche Vorbereitungen begonnen werden und wie lange sie dauern sollen. Die Vorbereitungen zum Treffen sollten dann beginnen, wenn die Mehrzahl der kommunistischen Parteien sich dafür ausspricht. Während dieser Vorbereitungen müßte man den Termin des internationalen Treffens, an dem sich alle Parteien beteiligen sollten, festsetzen. Der Einspruch einer oder mehrerer Parteien dürfte jedoch nicht als unüberwindliches Hindernis zur Berufung dieses Treffens betrachtet werden.

Unsere Partei ist bereit, an den Vorbereitungsarbeiten teilzunehmen und wird keine Mühe scheuen, um die Einheit und die Solidarität der Bruderparteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wiederherzustellen."

Aus der Diskussion über den Bericht des I. Sekretärs GOMULKA

Nikolaj PODGORNY (Leiter der sowjetischen Delegation zum Parteitag):

"Das ZK der KPdSU ist befriedigt darüber, daß der Standpunkt und die Haltung unserer Partei und der PZPR in dieser Angelegenheit (Chinafrage) sowie in anderen Angelegenheiten vollkommen übereinstimmt."

Wladyslaw PILATOWSKI (I. Sekretär der Parteiorganisation in der Wojewodschaft Breslau):

"Herrn Erhard und anderen Schöpfern des 'Rechtes auf Heimat' stellen wir die Realitäten unseres Lebens entgegen. Millionen von uns sind schon in diesen Gebieten geboren worden und diese Zahl wird immer größer. Sei es mir deshalb erlaubt, von dieser Tribüne aus zu sagen: 'Wenn Sie, Herr Erhard, das 'Recht auf Heimat' auch auf die kommenden deutschen Generationen erweitern wollen, dann stellen wir fest, daß wir Nachkommen jener Polen sind, die Ihr vor Jahren aus diesen Gebieten verjagt habt. Denkt daran, daß wir Euch als Mörder von 6 Millionen polnischer Staatsbürger, als Brandstifter unserer Häuser, Fabriken, Kunstwerke und Denkmäler der Vergangenheit kennen. Wir kennen Euch als Erben des deutschen Militarismus und Revisionismus. Euer preussischer, militärischer und nazistischer 'Drang nach Osten' ging zu Ende mit dem Sieg der Massen in Osteuropa."

Zenon KLISZKO, (Mitglied des Politbüros, erster Ratgeber GOMULKAS):

"Die chinesischen Führer appellieren an konservative und dogmatische Kräfte in unserer Bewegung, die den Sinn der neuen Zeit und die neuen Aufgaben zu begreifen nicht imstande sind. Die KPCh bemüht sich um Anerkennung bei den undisziplinierten, Unruhe stiftenden Elementen mit übermässigen politischen Ambitionen. Diese Elemente sind nicht stark, was auch unsere eigene Erfahrung bestätigt. Die jetzige politische Linie unserer Partei, frei von Dogmatismus und Starrheit, schafft keine Voraussetzungen für eine breitete ideologische Einwirkung der KPCh. Nur einzelne Parteimitglieder in Warschau, die sich aus Dogmatikern rekrutieren, welche seit Jahren einen Kampf gegen die Parteilinie führen, und welche die Partei wegen Sachen beschuldigen, die sie selbst verschuldet haben, machten einen Versuch, die ideologische Haltung der KPCh den polni-

schen Verhältnissen anzupassen und diese polnische Version des 'chinesischen Marxismus' der Politik und Ideologie unserer Partei entgegensustellen.

Die Mitglieder dieses Grüppchens fanden nicht den Mut, ihre Meinung und Haltung der Parteiorganisation offen darzulegen, sondern sie wählten unter Verletzung der Statuten und Gesetze den Weg der illegalen Verbreitung von politischen Schmähchriften, die gegen die Partei, ihre Politik und ihre Leitung gerichtet waren. Diese Aktivität hatte einen kleinen Bereich und ein kurzes Leben."

(In diesem Zusammenhang siehe Polen-Bericht vom Mai 1964, Seite 14 und 15).

Walenty TITKOW (I. Parteisekretär in Warschau):

"Trotz der Konsolidierung der Partei kommen noch die Überreste des Revisionismus und des Dogmatismus zum Vorschein. Erst neulich lieferte man uns eine Probe, indem man eine parteifeindliche Schmähschrift herausgab und kolportierte. Dieser sektiererisch-dogmatische Versuch brachte den Urhebern nicht den erhofften Erfolg. Er wurde zerschlagen und durch das Parteiaktiv entschieden verurteilt.

Man soll die Ursachen aufmerksam verfolgen, die dazu führten, daß wir in der letzten Zeit im Milieu der Kulturschaffenden, insbesondere der Schriftsteller, mit ernststen ideologischen Schwierigkeiten kämpfen müssen, und daß der Prozeß der ideologischen und organisatorischen Konsolidierung am schwierigsten in der Parteiorganisation der Schriftsteller verläuft. Das ausdrucksvollste und aktuellste Beispiel bietet die Situation, die in der Parteiorganisation des Warschauer Schriftstellerverbandes im Zusammenhang mit dem 'Brief der 34' entstanden ist. Der Wankelnut in der Haltung mancher Parteimitglieder unter den Schriftstellern brachte es mit sich, daß es auf der letzten Versammlung des Warschauer Schriftstellerverbandes zu unverantwortlichen Ausfällen gegen die Kulturpolitik der Partei kommen konnte.

Die Situation in der Parteiorganisation des Schriftstellerverbandes erfordert eine gründliche Analyse und das Ziehen von Konsequenzen. Die Grundbedingung einer Verbesserung in den Organisationen der ideologischen Front ist, daß die Partei zu entschlossenen und offensiven Handlungen in diesem Milieu übergeht, daß die dort

tätigen Parteiorganisationen ideologisch und organisatorisch integriert werden, daß in erforderlichen Fällen auch organisatorische Konsequenzen gegenüber jenen gezogen werden, die fremde ideologische Positionen beziehen. "

(TITKOW sagte zwei Wochen früher, am 3. Juni, während der Warschauer Parteikonferenz vor dem Parteitag:

"Ca. 600 Schriftsteller unterzeichneten kürzlich einen scharfen Protest gegen die antipolnische Hetze des Radios Freies Europa. Schade, daß nicht alle Mitglieder der Parteiorganisation des Warschauer Schriftstellerverbandes sich diesen Protest angeschlossen haben. Halten sie eine solche Geste vielleicht für zu primitiv oder ihrer komplizierten Natur widersprechend?"

Jozef LENART (neu aufgetauchter Karrierist unter den jungen Schriftstellern):

"Noch vor den XIII. Plenum des ZK (Sommer 1963) brachte die Einschätzung der Situation die Parteileitung zu einem Entschluß über die Verschmelzung von 'Przeglad Kulturalna' und 'Nowa Kultura' und die Gründung einer neuen Zeitschrift 'Kultura'. Ein Teil der Warschauer Schriftsteller, darunter viele Parteimitglieder, antworteten darauf mit einem Boycott, der neuen Zeitschrift und mit einer ganzen Kampagne von diskreditierenden Gerüchten und Andeutungen, die gegen die Redaktion der Zeitschrift und ihre Mitarbeiter gerichtet waren.

Manche Schriftsteller schlossen sich dem Protest (der 600 Schriftsteller gegen 'Vorleumdungen' des Radio Freies Europa) nicht an. Gründe dafür waren verschieden und nicht immer eindeutig. Wesentlich ist aber, daß an diesem Akt zahlreiche Parteischriftsteller nicht teilgenommen haben, von denen man nicht sagen kann, daß sie nicht orientiert waren.

Was die Einstellung zu den ideologischen und politischen Richtlinien betrifft, die die Politik unserer Partei bestimmen, verläuft hier die Trennungslinie zwischen den Schriftstellern (und wohl auch außerhalb dieser Gruppe) so, daß auf der einen Seite die Parteimitglieder, auf der anderen Seite die Parteilosen stehen. Manche Parteigenossen jedoch haben in der Praxis die Prinzipien der Parteidisziplin oft in demonstrativer Weise weggeworfen und verletzt.

Sie neigen vielmehr zur Anerkennung des Solidaritätsprinzips beim Mitwirken im Rahmen der von ihnen so genannten intellektuellen Linken."

3) TITO-Besuch in Polen

Wenige Tage nach der Beendigung des IV. Parteitag der PZPR kam der lange angesagte und vielfach verschobene Besuch des jugoslawischen Präsidenten Marschall TITO zustande. Der Zeitpunkt, den man für diesen Besuch ausgewählt hatte, war nicht ungünstig. GOMULKA brachte es nach dem Oktober 1956 niemals fertig, eine etwas selbständigere Haltung gegenüber Jugoslawien einzunehmen und ließ sich seine Haltung von Moskau vorschreiben. So konnte es bald nach seinem triumphalen Besuch in Belgrad (1957) zu einer sehr starken Abkühlung zwischen ihm und TITO kommen.

Die augenblicklichen Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad sind wieder ausgezeichnet. Das mußte sich auf die Haltung GOMULKAS gegenüber TITO projizieren. Seit mehr als einem Jahr bemühte man sich polnischerseits auffallend um eine weitere Annäherung mit den Jugoslawen. Der Polnische Außenminister RAPACKI deutete sogar beim Besuch seines Kollegen aus Belgrad, POPOVIC, an, daß eine enge Zusammenarbeit nicht nur auf der staatlichen sondern auch auf der parteilichen Ebene in Warschau sehr warm begrüßt wird. Aber Belgrad blieb kühl.

Dem jugoslawischen Marschall bereitete man in Warschau einen überaus herzlichen Empfang, die Bevölkerung, die immer echte und große Sympathien für das südslawische Brudervolk empfand, jubelte ihm zu, aber der hohe Gast blieb die ganze Zeit gegenüber seinen offiziellen Gastgebern ein wenig reserviert. Gleich am Anfang seines 8 Tage dauernden Besuches meinte der Staatschef aus Belgrad: "Ihr werdet wohl mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß am fruchtbarsten die (polnisch-jugoslawische) Zusammenarbeit auf den Gebiete der Wirtschaft war."

Es ist tatsächlich so, daß diese wirtschaftliche Zusammenarbeit sich auch in der letzten Zeit der größten Abkühlung festigte. Der Umfang des Warenaustausches zwischen den beiden Staaten soll bald die 100-Millionen-Dollar-Grenze erreichen.

Auf dem Gebiet der Aussenpolitik waren sich Tito und Gomulka fast in jeder Hinsicht einig. Auch die Tatsache, daß GOMULKA in der China-Frage nicht immer konform mit Moskau ging, wirkte sich hier günstig aus. Die überaus zögernde Haltung des polnischen Parteichefs in der Frage des von CHRUSCHTSCHOW gewünschten allkommunistischen "Konzils" deckte sich mit den jugoslawischen Vorstellungen zu dieser Frage.

GOMULKA ging sogar so weit, eine Verbeugung vor der unabhängigen, "nicht engagierten" Haltung Jugoslawiens zwischen den beiden Blöcken zu machen:

"Positiv beurteilen wir den Beitrag des sozialistischen Jugoslawiens beim Aufbau einer Front der neutralistischen Staaten in der Frage des Kampfes um Frieden und gegen die koloniale Unterdrückung."

Für diese Geste bedankte sich TITO sehr höflich in seiner Entgegnung.

Innenpolitisch hatten sich die beiden sicher wenig zu sagen. GOMULKA entschloß sich schon vor Jahren, das Experiment der Wirtschaftsverwaltung über die Arbeiterräte nicht nitzumachen.

Eine wirkliche Annäherung der Standpunkte, die von Belgrad nach dem Oktober 1956 so erwünscht war, konnte nicht zustande kommen, weil GOMULKA nie danach strebte, mehr Bewegungsfreiheit in ideologischen Fragen und in der Aussenpolitik zu erlangen. Sehr viel mehr Möglichkeiten ergeben sich für Belgrad aus der neuesten Entwicklung in Rumänien.